

# Ohne Lohnausgleich

Wieder Zoff bei Ver.di: Weil die Mitgliederzahlen der Gewerkschaft weiter schrumpfen, streiten Vorstand und Betriebsrat über ein neues Sparprogramm.

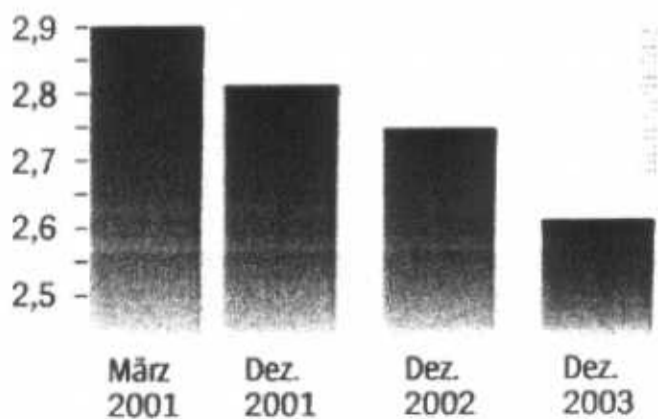
So schön wie Frank Bsirske kann kein anderer Gewerkschaftsführer über Deutschlands Unternehmer herziehen. Die Arbeitgeber würden „immer dreister und aggressiver“, pflegt der Ver.di-Chef zu poltern. Überall würde „... in Kürzungen gesucht“, immer wieder würden geltende „Tarifabsprachen gebrochen“. Und wenn die Sparmaßnahmen dann beschlossen seien, würden die „Hardliner in den Unternehmensverbänden“ auch noch erklären, „dass das alles nicht weit genug geht“.

Jetzt gibt es einen neuen Fall, bei dem ein mächtiger Arbeitgeber seinen Beschäftigten mit den immer gleichen Begründungen immer neue Opfer abverlangt: die Gewerkschaft Ver.di selbst. Erst im vergangenen Jahr hatte die Organisation ihren Beschäftigten ein radikales Sparprogramm zur Senkung der Personalkosten abverhandelt. Jetzt eröffnete Ver.di-Chef Bsirske seinen verdutzten Betriebsräten, dass demnächst eine weitere Kürzungsrunde für die 5000 Mitarbeiter fällig ist.

Seit der überraschenden Nachricht geht es in der Gewerkschaft zu wie im richtigen Kapitalismus. Die Belegschaftsvertreter sprechen von „ernsthaftem Konflikt“, „unbegreiflicher Kehrtwende“ und „Vertrauensverlust“. Ver.di-Chef Bsirske wirft seinen Gegenübern „Blockade“ sowie eine

## Ver.di: Hartnäckig im Minus

Mitglieder in Millionen



Defizit in Millionen Euro



# Ver di



Ver.di-Chef Bsirske: „Weitere Schritte erforderlich“

„unangemessene und nicht nachvollziehbare Kritik“ vor.

Das Misstrauen sitzt tief. In offenen Briefen an die Beschäftigten bezichtigten sich Gewerkschaftsspitze und Belegschaftsvertreter inzwischen gegenseitig, mit falschen Zahlen zu arbeiten oder abgeschlossene Vereinbarungen zu brechen. Schon plant der Betriebsrat, alle Vorstandsdaten künftig durch unabhängige Wirtschaftsprüfer kontrollieren zu lassen und warnt vor einer neuen Klagewelle vor den Arbeitsgerichten. Das „Verhalten des Vorstands“ werde zu einer „weiteren Entsolidarisierung von Beschäftigten“ und einer „abnehmenden Identifikation mit der Organisation“ führen, heißt es in einem Betriebsrats-Info.

Jetzt rächt sich, dass die Ver.di-Bosse schon bei der Gründung ihrer Großgewerkschaft auf die wirtschaftliche Lage keinerlei Rücksicht nahmen. Erst versprachen sie den Beschäftigten, bis zum Jahr 2007 auf betriebsbedingte Kündigungen zu verzichten. Dann genehmigten sie sich als Lohn für ihre soziale Großtat eine Gehaltserhöhung bis zu 60 Prozent.

Dabei war allen Beteiligten klar, dass die Gewerkschaft schon damals mindestens 1000 Mitarbeiter zu viel hatte. Als Mitgliederzahlen und Beitragseinnahmen weiter schrumpften, gerieten die Ver.di-Bilanzen aus dem Lot. Immer wieder musste die Gewerkschaft seither auf die Reserven zurückgreifen, um die laufenden Ausgaben zu decken.

Ende vergangenen Jahres einigten sich Ver.di-Bosse und Betriebsrat schließlich auf ein radikales Notprogramm, wie es die Ge-

werkschaftsführer vielen Privatunternehmen wohl kaum hätten durchgehen lassen. Alle Beschäftigten müssen in diesem Jahr sechs Monate lang fünf Prozent ihres Lohns als Zwangsdarlehen an die Gewerkschaftskasse abführen. Zugleich dürfen sie ihre Arbeitszeit verkürzen, wenn sie dabei auf Lohn verzichten. Das Programm werde die Ver.di-Finzen langfristig stabilisieren, versprach die Ver.di-Führung bei Abschluss der entsprechenden Betriebsvereinbarung.

Doch keine neun Monate später ist nun alles nicht mehr wahr. Weil der Mitgliederschwund auch in diesem Jahr unverändert anhielt, hat sich die Finanzlage nach Angaben des Vorstands erneut verholort. Bis zum Jahr 2000 werde sich das Defizit nun auf 170 Millionen Euro summieren, erfuhren die Belegschaftsvertreter, gut 60 Millionen Euro mehr als bislang geschätzt. Deshalb seien „weitere Konsolidierungsschritte erforderlich“, so ein Bsirske-Schreiben an die „lieben Kolleginnen und Kollegen“.

Was das heißt, hatte der Gewerkschaftschef den Betriebsräten zuvor bei mehreren Treffen erläutert. Die freiwilligen Arbeitszeitverkürzungen allein reichten als Sparbeitrag nicht aus. Möglicherweise müsse nun für alle Ver.di-Beschäftigten die Arbeitszeit zwangsweise um fünf Prozent verkürzt werden – ohne Lohnausgleich, versteht sich.

Die Belegschaftsvertreter fühlten sich getäuscht. Während der Vorstand neue Einschnitte bei den Beschäftigten verlange, habe er die eigenen Sparverpflichtungen verfehlt, so ein Betriebsrats-Info. So gehöre insbesondere Bsirskes eigener Vorstandsbereich zu den Abteilungen, die sich „regelmäßig die gravierendsten Budgetüberschreitungen leisten“.

Inzwischen werten es die Kontrahenten schon als Erfolg, dass sie ihren Streit mittlerweile vor einer Einigungsstelle austragen. Die Gespräche seien „auf gutem Wege“, sagt Gesamtbetriebsratsvize Karl-Heinz Austermühle. Doch herrsche bei den Kollegen „nicht gerade eine zufriedene Stimmung“.

Kein Wunder, dass sich immer mehr Ver.di-Beschäftigte in ihrem Frust zu einem Schritt entschließen, der für hauptamtliche Funktionäre durchaus nahe liegt: Sie treten einer Gewerkschaft bei. Genauer: dem Verband der Gewerkschaftsbeschäftigten (VGB), den unzufriedene Funktionäre gegründet haben, um Tarifverträge mit den DGB-Organisationen abzuschließen. In den vergangenen drei Monaten, freut sich VGB-Chef Helmut Wagner, habe seine Organisation „50 neue Ver.di-Mitarbeiter gewonnen“.

MICHAEL SAUGA